

**Antrag 133/I/2023
KDV Mitte****Empfehlung der Antragskommission
Annahme (Konsens)****Der Landesparteitag möge beschließen:****Mehr Schutz für Feuerwehren und Rettungsdienste bei gewalttätigen Angriffen**

- 1 Wir fordern die Berliner Senats-Innenverwaltung auf,
2 auch im Rahmen ihrer Arbeitgeberfürsorgepflicht, für ei-
3 nen besseren Schutz von Rettungskräften in Feuerwehren
4 und Rettungsdiensten einzustehen. Es braucht deshalb:
5
6 • eine bessere Personalausstattung der Feuerwehr-
7 und Rettungswachen, um sich im Einsatz gegen
8 mögliche Attacken entsprechend gut schützen zu
9 können
10 • noch mehr weiterführende Workshops/Ausbil-
11 dungsformate, die Einsatzkräfte auf die schlimmen
12 Attacken im Alltag vorbereiten, hierbei sind un-
13 bedingt auch die Hilfsorganisationen sowie die
14 Freiwilligen Feuerwehren mit zu berücksichtigen
15 • mehr psychologische Betreuungskräfte, die nach At-
16 tacken für Reflexions-Gespräche bereitstehen und
17 unmittelbar danach „Hilfe für die Helfenden“ leis-
18 ten können
19 • die flächendeckende Ausstattung der Feuerweh-
20 ren und Rettungsdienste mit Bodycams sowie ein
21 Datenschutzkonzept was den Einsatzkräften die
22 Anwendung der Bodycam auch in geschlossenen,
23 nichtöffentlichen Räumen sowie in der Versorgung
24 von Patient:innen zu ermöglichen.
25 • eine konsequente Erstattung von Strafanzeigen
26 nach entsprechenden Angriffen auf die Berliner
27 Feuerwehr und den Hilfsorganisationen (§114 StGB
28 i.V.m. §115 StGB) und eine schnelle Strafverfolgung
29 sowie Verurteilung der Täter:innen.

30
31

Begründung

32 Nicht erst seit den Silvesterkrawallen in Berlin ist klar –
33 unsere Einsatz- und Rettungskräfte – ob bei Berufsfeuer-
34 wehr, Freiwilliger Feuerwehr oder in den Hilfsorganisatio-
35 nen - riskieren im Einsatz oft ihr Leib und Leben. Wir müs-
36 sen die Einsatzkräfte besser vor dieser Gefahr von außen
37 schützen und ihnen auch das Rüstzeug an die Hand ge-
38 ben, sich im Gefahrenfall gut zu verhalten und sich ange-
39 messen schützen zu können. Denn Menschen, die sich für
40 unsere Gesellschaft einsetzen, dürfen nicht Opfer von Ge-
41 walt werden. Es ist unsere Pflicht als Sozialdemokrat:in-
42 nen, die Helfer:innen zu schützen und ihnen größtmögli-
43 chen Schutz zu bieten.
44